



dbb
beamtenbund
und **tarifunion**

dbb Jahrestagung
Berlin, 11. Januar 2021

Ulrich Silberbach
Bundesvorsitzender

+++ Sperrfrist: Montag, 11. Januar 2021,
10.00 Uhr +++

Es gilt das gesprochene Wort.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
liebe Gäste,

ein gutes, ein friedvolles neues Jahr.

vor einem Jahr war alles anders!!

Wir haben in Köln getagt, ganz analog, nicht hybrid, nicht digital!

Stand in der Neujahrsansprache 2020 unserer Bundeskanzlerin der Klimawandel und die Erderwärmung im Mittelpunkt, kam zum Jahresbeginn 2020 eine ganz andere Menschheitsherausforderung über uns alle und hat die Welt dramatisch verändert.

Covid19, Corona, Eindämmungsverordnung, „systemrelevant“, Hygienekonzept, Abstand halten, Maskenpflicht, Corona Hilfen, diese Begriffe gehören nunmehr zum Alltagswortschatz.

Eine seltsame neue Normalität.

Und es gehört auch zur neuen Normalität, sich digital zu vernetzen und auszutauschen.

Ich freue mich sehr, dass wir aus unserem dbb forum Berlin senden können.

Herzlich willkommen an den Bildschirmen!

Und herzlich willkommen Herr Minister Seehofer und liebe Frau Plättner hier im Studio.

2020 hat mächtig an den Grundfesten von Staat und Demokratie gerüttelt.

Zunächst wuchs im Frühjahr das Vertrauen in den Staat.

Unsere jährliche Bürgerbefragung hat ergeben, dass die Pandemie-Entwicklung bei einer klaren Mehrheit der Bevölkerung zu einem Mehr an Vertrauen in die politischen Institutionen geführt hat.

Unsere Gesellschaft zeichnet sich glücklicherweise durch einen großen Konsens aus. Und vielen Unkenrufen zum Trotz sind unsere freiheitliche Demokratie und der sie tragende öffentliche Dienst Säulen der Stabilität.

In den letzten Monaten waren jedoch häufig auch andere Reaktionen zu beobachten: eine zunehmend angespannte Stimmung ist spürbar, Kritik wird lautstark geäußert, zum Teil ist eine Radikalisierung zu beobachten.

Das aktuelle Infektionsgeschehen, ist vor allem ein Stresstest für die Verwaltung und den gesamten öffentlichen Sektor und hat die Frage aufgeworfen: ist unser Staat stark genug?

Ja, die Pandemie stellt uns auf eine Bewährungsprobe, die die gesamte Gesellschaft ausnahmslos trifft.

Medizinisch, weil es bislang keine Erfahrung mit dem Virus gab und die schnelle Ausbreitung das Gesundheitswesen an seine Grenzen bringt!

Sozial, weil Krisen immer die ohnehin bestehenden Ungleichheiten befördern!

Wirtschaftlich, weil ganze Branchen eingebrochen sind.

Große Konzerne geraten trotz umfänglicher staatlicher Hilfen in eine bedrohliche Schieflage.

In diesem Zusammenhang halte ich es für ein Unding, dass Lufthansa kurz vor Weihnachten ankündigte, 29.000 Beschäftigte zu entlassen, nachdem der Konzern vor wenigen Monaten mal eben mit 9 Milliarden des Staates aufgefangen wurde?

Erst vor wenigen Tagen kam das Rettungspaket für TUI hinzu – und es wird nicht das letzte sein. Für die Wirtschaft ist das das richtige Signal, wenn Unternehmen und vor allem Arbeitsplätze erhalten werden können.

Dann muss aber auch klar sein, dass Dividendenausschüttungen an Aktionäre nicht erfolgen, wenn der Staat angeschlagene Unternehmen mit Steuergeldern unterstützt!

Der Bundestag hat kurz vor Weihnachten Milliardenpakete und mit dem Bundeshaushalt eine Neuverschuldung verabschiedet wie wir sie lange nicht gekannt haben.

Irgendwann wird der Staat sich das zurückholen und dann ist die nächste Sparwelle vorprogrammiert.

An dieser Stelle sagen wir bereits jetzt klipp und klar: eine Sparwelle, die den öffentlichen Sektor schwächt, wäre ein historischer Fehler.

Wenn wir jetzt nicht begriffen haben, wie wichtig gut ausgestattete öffentliche Infrastrukturen sind, dann steht im Hinblick auf die Krisenfestigkeit und Zukunftsfähigkeit unseres Gemeinwesens einiges auf dem Spiel.

Politisch, weil eine gemeinsame langfristige Strategie nicht erkennbar war und ist.

In der ersten Welle der Pandemie im Frühjahr hat es im Großen und Ganzen noch geklappt, dass sich die politisch Verantwortlichen in Bund, Ländern und Kommunen auf weitgehend einheitliche Vorgaben verständigt haben.

Einen Flickenteppich, Unübersichtlichkeit und politisches Kleinklein haben wir im Herbst erlebt– und das mit Ansage und völlig unnötigen Folgen!

Neueste Forsa-Zahlen zeigen übrigens, dass die Arbeit von Bund mit 70 % und die der Kommunen mit 71% während der Pandemie dabei durchaus besser bewertet wird als die der Länder mit 60%. Deutlich negativ sehen 73 % der Bürgerinnen und Bürger dagegen die Kooperation zwischen den Gebietskörperschaften – völlig zu Recht!

Wir haben immer wieder nachvollziehbare und verbindliche Regeln angemahnt, die klar kommuniziert werden müssen.

Das ist es, was Verlässlichkeit schafft und Vertrauen in den Staat stärkt!

Und ja, wir leben in einem föderalen Staat aber der Föderalismus artet aus, wenn er zum Egoismus und zur Ungleichheit führt.

Deshalb unterstreiche ich die Neujahrsbotschaft unserer Bundeskanzlerin: „Rücksichtnehmen auf andere, die Einsicht, sich selbst auch einmal zurückzunehmen, das Bewusstsein von Gemeinsinn.“ als Ausdruck dessen, was ein Leben in einer menschenfreundlichen Gesellschaft erst möglich macht.

Bei all dem ist es richtig und wichtig, dass um die Maßnahmen gerungen und über den richtigen Weg gestritten wird. Eine kritische Debatte befördert Akzeptanz und ist Kennzeichen der Demokratie.

Statt fairer und an der Sache orientierter Auseinandersetzung ist häufig Verschwörung, Desinformation oder bewusste Leugnung an der Tagesordnung.

Die Bilder aus den USA zeigen uns, wozu Hass, Hetze und fake news führen und müssen uns eine deutliche Mahnung sein!

Diejenigen, die von „Diktatur“ schwadronieren nehmen doch gerade etwas in Anspruch, was ihnen in einer Diktatur nicht gewährt würde: das Recht zur freien Meinungsäußerung!

Das hat aber mit dem Freiheitsbegriff wie ich ihn verstehe nicht viel zu tun. Denn Freiheit heißt auch Verantwortung – für sich selber und auch in Solidarität für andere!

Gerade die Einsatzkräfte von Polizei und Ordnungsämtern und die Kollegen in den Gesundheitsämtern sind in diesen Tagen gefordert wie nie: neben ihren sonstigen Aufgaben müssen sie dafür sorgen, dass Infektionsschutzregeln eingehalten und Sperrstunden beachtet werden.

Doch immer häufiger schlägt ihnen Respektlosigkeit und tätliche Gewalt entgegen.

Aber damit ist es ja nicht genug!

Wöchentlich können wir von Übergriffen und Bedrohungen von Zugbegleitern, Lehrern, Verwaltungsmitarbeitern in Kommunen oder Jobcentern lesen.

Eine Krise, in der der gesamte öffentliche Sektor nochmals anders gefordert ist als in „normalen“ Zeiten, macht es nur noch deutlicher: Beleidigungen und tätliche Angriffe sind eine Zumutung für diejenigen, die dafür sorgen, dass wir in Sicherheit leben können!

Das macht etwas mit Menschen, die hoch motiviert ihre Ausbildung im öffentlichen Dienst durchlaufen und für friedliches

Zusammenleben arbeiten, in der Krankenpflege tätig sind, unsere Kleinsten betreuen, oder im Gesundheitsamt Pandemie-Vorgaben umsetzen!

Von der Politik und der Gesellschaft kann da mehr Schutz und Rückhalt erwartet werden.

Und im Übrigen auch ein Dank!

Klatschen alleine reicht eben nicht.

Lieber Herr Seehofer, sie verantworten in Ihrem Ressort auch den Bereich „gesellschaftlicher Zusammenhalt“. Der Zustand einer Gesellschaft zeigt sich auch darin, welches Ansehen die Beschäftigten im öffentlichen Dienst haben.

Ich rege in diesem Zusammenhang an, dass wir gemeinsam die Marke „Öffentlicher Dienst“ stärken. Wir haben als dbb jahrelang eine Imagekampagne für „Die Unverzichtbaren“ im öffentlichen Dienst finanziert aber ist das nicht vielmehr eine Pflichtaufgabe der Dienstherrn und öffentlichen Arbeitgeber?

Wir fordern seit Jahren mehr Engagement der Politik in Sachen Umgang mit Gewalt gegen Beschäftigte!

Ihr Haus plant nun verschiedene Studien – das ist gut, das unterstützen wir!

Studien allein helfen aber nicht. Wir brauchen endlich eine umfassende und systematische Erfassung dieser Gewalttaten: wir

fordern weiter ein Zentralregisters zur Erfassung von Gewalttaten gegen Beschäftigte im öffentlichen Dienst!

Wenn nicht jetzt, wann dann!

Die öffentliche Infrastruktur war auf die Pandemie nur unzureichend vorbereitet. Das war oft Problem, manchmal aber auch Chance!

Oftmals der Not folgend haben neue Instrumente und Prozesse Anwendung gefunden, um die Folgen der Krise zu mildern.

Unsere Kolleginnen und Kollegen sind unter schwierigsten Bedingungen Innovationsfähig und –willig, wenn die Voraussetzungen stimmen!

Dies ist das Ergebnis einer vor kurzem veröffentlichten und bislang größten Studie in Deutschland, wie die Verwaltung mit Corona umgegangen ist.

Home Office, mobiles Arbeiten, flexible Arbeitszeiten – von einem Tag auf den anderen wurde das neue Normalität und ist es bis auf den heutigen Tag.

Ob im Bund, in den Ländern oder den Kommunen – damit geht ein **Kulturwandel** einher, der sich auch nicht mehr ohne weiteres zurückdrehen lassen wird und kann.

Nutzen wir doch die überaus guten und positiven Erfahrungen, die die Kolleginnen und Kollegen jetzt nicht nur gemacht haben, sondern ja auch weitgehend selber entwickelt haben.

Innovationslabore! Experimentierräume! Schnelle Kommunikation!

Für diese neue Arbeitswelt brauchen wir auch im öffentlichen Dienst eine neue Führungskultur, in der der Mensch im Mittelpunkt steht und vor allem das Vertrauen in ihn!

Aufgabe von Politik und Dienstherrn ist es nun, diesen Schwung an Selbstorganisation, Eigenverantwortung und Autonomie zu nutzen.

Und bei der Gelegenheit:

Klar, in der Pandemiebekämpfung wurden und werden Fehler gemacht, ändern sich Entscheidungsgrundlagen täglich. Aber gerade weil das so ist, müssen wir doch eine Fehlerkultur auch zulassen. Dazu passt es dann aber nicht, wenn hochbezahlte externe Berater eingesetzt werden. Die Expertise ist bei unseren Kolleginnen und Kollegen, diese gilt es zu nutzen, und das in die Beraterfirmen investierte Geld in ihre Ideen zu investieren!

Wir fordern einen Pakt für Krisenresilienz des Staates!

Den brauchen wir, damit der Staat den Bürgern gegenüber nicht an Glaubwürdigkeit verliert,

und damit unsere Kolleginnen und Kollegen, die Krisenlagen meistern müssen, besser darauf vorbereitet sind.

Ein Staatsdienst, der schon im Normalzustand auf Kante genäht ist, wird in der Krise an den Rand der Funktionsfähigkeit geführt.

Wir haben trotzdem viel geschafft!

Wir benötigen ein Notfallmanagement, bei dem öfter und umfanglicher Krisenlagen trainiert werden. Ein Probealarm, der wie im vergangenen Herbst ins Leere läuft ist kein guter Befund für Krisenvorsorge!

Um für künftige Krisen technisch besser gerüstet zu sein, müssen Verwaltungen über leistungsfähige und flächendeckende digitale Infrastruktur verfügen.

Die Herausforderungen durch den demografischen Wandel und die Pensionierungswellen in den kommenden Jahren sind durch die Pandemie verschärft worden.

Wir brauchen diesen digitalen Kulturwandel schon deshalb, um dem Nachwuchs zu zeigen, dass der Staat nicht nur vielseitige Aufgaben hat, sondern auch ein moderner und spannender Arbeitgeber ist.

Denn der harte Wettbewerb mit der Wirtschaft um die junge Generation ist in vollem Gange. Ein „just-in-time“ öffentlicher Dienst mit kleingespartem Personalkörper ist nicht zukunftsfähig!

Dass der öffentliche Dienst sich erneut als Stabilisator erwiesen hat, haben die Arbeitgeber in der vergangenen schwierigen Tarifrunde im Herbst durchaus gewürdigt.

Und an dieser Stelle, Herr Minister, sagen wir auch DANKE!

Wir haben mit diesem Abschluss – 3,2% über 28 Monate – das aktuell Machbare erreicht!

Ja, es ist ein Corona Kompromiss!

Der war für die Kolleginnen und Kollegen aber wichtig!

Wichtig war vor allem auch die Einigung auf eine „Corona-Sonderzahlung“.

Die Bundesregierung hat auch Wort gehalten mit der zügigen Übertragung auf den Beamtenbereich. Damit wird die langjährige Forderung nach Gleichklang nach Tarif- und Beamtenbereich erfüllt!

Aber:

Für uns ist die Einkommensrunde erst dann beendet, wenn eine vollständige Übertragung des Volumens des Tarifergebnisses stattgefunden hat. Daher erwarten wir eine zeitnahe Umsetzung der Linearanpassungen mit einem entsprechenden Gesetzentwurf! Dies wurde uns unmittelbar nach dem Tarifabschluss zugesagt!

Nicht nur die Beschäftigten des Bundes und der Kommunen haben herausragende Leistungen bei der Bewältigung der Corona Krise erbracht und erbringen sie gerade auch jetzt in der zweiten heftigen Welle. Auch die Beschäftigten bei Bahn und Post transportieren unter schwierigsten Bedingungen Menschen und Güter.

Auch die Kolleginnen und Kollegen der Länder sind seit nun fast einem Jahr im Dauereinsatz: ob im Bildungsbereich, in der Justiz,

in der Finanzverwaltung oder in den Sicherheitsbehörden um nur einige zu nennen– täglich ändern sich Bedingungen und Herausforderungen und unsere Kolleginnen und Kollegen geben alles!

Daher erwarten wir auch für sie bei der bevorstehenden Einkommensrunde für die Länder deutliche Signale!

Die Kolleginnen und Kollegen in den Ländern erwarten zu Recht, dass sie **nicht** die Zeche für die jetzt zahlreich geschnürten und - ich betone – richtigen Hilfspakete werden bezahlen müssen.

Zudem ist klar:

Wenn Gesetzgebende und Regierungen von ihren Beamten erwarten, dass sie mit beiden Beinen auf dem Boden unseres Grundgesetzes stehen, dann ist es allerhöchste Zeit, überall eine verfassungskonforme amtsangemessene Alimentation herzustellen. Das sind die beiden Seiten des besonderen Dienst- und Treueverhältnisses, die sich gegenseitig bedingen.

Dazu haben wir Ihnen und gemeinsam mit unseren Landesbünden auch den zuständigen Besoldungsministern in den Ländern Gespräche angeboten.

Und wo wir eben schon bei hoffnungsvollen Signalen waren, möchte ich gleich noch anschließen und wiederholen: ein entscheidendes Signal vermischen wir im Bundesbereich seit Jahren!

Ein Signal in Sachen Wochenarbeitszeit!

Vor zwei Jahren sagte ihr Staatssekretär, dass die 41 Wochenstunden nicht in Stein gemeißelt seien.

Vor genau einem Jahr äußerten Sie bei der Jahrestagung großes Verständnis für unser Anliegen.

Herr Minister, lassen Sie es bei diesem Thema nicht bei Lippenbekenntnissen bewenden!

Kein weiteres Vertrösten, sondern Machen ist angesagt!

Deutschland wählt in diesem Jahr!

Eine Wahl ist immer eine Standortbestimmung für unser Land, unsere Gesellschaft und für die Frage, wie es weitergehen soll.

Die Zäsur durch die Pandemie wird sich auch im anstehenden Wahlkampf bemerkbar machen: die wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen, Fragen der Bildung und Krisenvorsorge durch den Staat werden da zwangsläufig im Mittelpunkt des Wettstreits um die besten Wege und Positionen stehen.

Wir erwarten ein klares Bekenntnis zu einem starken öffentlichen Dienst, der das Rückgrat für diese Gesellschaft ist, nicht nur in Krisenzeiten und nicht nur in den vielen Grußworten, die sie in unserer Mediathek finden!

Weiterhin passt dazu keinesfalls eine wie auch immer geartete Forderung nach Einbeziehung der Beamtinnen und Beamten in die gesetzliche Rentenversicherung.

Das ist völlig indiskutabel und gehört ganz schnell in die Mottenkiste irreführender politischer Debatten!

Hände weg von der Beamtenversorgung!

Wir brauchen den Beamtenstatus als unverzichtbaren Bestandteil einer verlässlichen Daseinsvorsorge.

Und wir brauchen endlich Nachhaltigkeit in allen Alterssicherungssystemen!

Da bieten wir der Politik gern unsere Expertise und unsere Vorschläge an. Diesen Appell dürfen Sie gern an das Kabinett weitergeben!

Auch an dieser Stelle mache ich deutlich, dass ich wenig Verständnis dafür habe, wenn die Arbeitgeberverbände eine Finanzierung der Alterssicherung über Schulden ablehnen gleichzeitig aber unternehmerische Risiken gerne durch die Steuerzahlenden abfedern lassen.

Kurz vor Weihnachten überraschte nicht zum ersten Mal eine Schlagzeile wie: „Stift, Zettel und Fax: Deutschlands Kampf gegen Corona ist weitgehend analog.“

Wegen technischer Mängel und fehlendem Personal in den Gesundheitsämtern gibt es erhebliche Probleme in der Übermittlung von Daten, die zur Kontaktnachverfolgung von Corona Infizierten notwendig sind.

Wegen mangelnder Datenerfassung zu ineffektive Weitergabe von Informationen?

73% aller erfassten Covid19-Fälle können keinem Ausbruchsherd zugeordnet werden, was einer effektiven Pandemiebekämpfung massiv entgegensteht.

Das Ergebnis: Ein Lockdown, der Staat, Gesellschaft und Wirtschaft bis an die Grenze der Überforderung bringt.

Wie kann sich eine Gesellschaft, die zunehmend in allen Lebensbereichen digitalisiert ist, so eine Entwicklung leisten?

Dies führt nicht nur zu Frust beim Bürger, sondern auch bei unseren Kolleginnen und Kollegen, die den Anspruch haben, dem Bürger zügig zu seinem Recht zu verhelfen.

Das passt nicht zu dem Anspruch, in der Digitalisierung des öffentlichen Sektors ganz vorne zu stehen.

Es kommt auch nicht von ungefähr, dass Deutschland in der Digitalisierung seit Jahren im europäischen Vergleich auf den hinteren Rängen unterwegs ist.

Der Normenkontrollrat hat dies erst im Herbst konstatiert und klar gesagt, was dauerhaft erforderlich ist:

- Eine klare Strategie über das Jahr 2022 hinaus,
- eine Regelung der Fachverfahren und
- dauerhaft eine föderale Verwaltungsdigitalisierung auf ein sauberes Fundament stellen.

Und ich ergänze:

Nutzt die Konjunkturmilliarden endlich, um für die Bürgerinnen und Bürger und für die Wirtschaft die Verwaltung digital zu stärken. Denn es ist richtig, die Wirtschaft zu stabilisieren und dem drohenden Arbeitsplatzverlust entgegenzuwirken. Aber das Steuergelderfüllhorn sollte in nachhaltige Unternehmenskonzepte und nicht für Dividendenausschüttungen und zur Sicherung von Managergehältern ausgeschüttet werden.

Und ich ergänze weiter:

Nehmt die Beschäftigten bei der digitalen Transformation mit und schafft damit die Basis für einen leistungsfähigen öffentlichen Dienst der Zukunft!

Es passt doch nicht zusammen, dass die Bundesregierung mit einem ordentlichen „Wumms“ die Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung ausbaut, die Beteiligung der Beschäftigten aber hinter dieser Entwicklung zurückbleibt. Wenn die Digitalisierung künftig langfristig massive Auswirkungen auf die Präsenz- und Kommunikationskultur haben wird, dann bleibt die Arbeit der

Personalvertretungen davon nicht unberührt. Es muss sichergestellt sein, dass die Personalvertretungen die virtuellen Formate auch medienbruchfrei nutzen können.

Wir fordern ganz klar ein digitales Zugangsrecht der Gewerkschaften zu den Dienststellen – Herr Minister, hier müssen wir im Gesetzgebungsverfahren zum BPersVG noch mal ran!

Der Fokus der Politik ist stark auf die Online Dienstleistungen und die Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes ausgerichtet. Angesichts der zeitlichen Vorgaben zur Umsetzung ist das nachvollziehbar!

Allein, damit ist es nicht getan!

Zahlreiche Studienergebnisse und Umfragen weisen immer wieder darauf hin, wie wichtig die Digitalisierung der internen Verfahren und Arbeitsweisen ist.

Hier muss im Sinne der Zukunftsfähigkeit des öffentlichen Sektors konsequenter umgesetzt werden.

Kommunikation und ein hohes Maß an Transparenz für Entscheidungen und Change-Management sowie ein offensiver Umgang mit einer Fehlerkultur sind da gefragt!

Was nützt es, wenn die E-Akte umfänglich im Bundes- und Landesbereich eingeführt wurde, aber der kommunale Bereich zurücksteht?

Die Krise hat es gezeigt: Verwaltungen, in denen konsequent die E-Akte im Einsatz ist, konnten schneller auf coronabedingten Lockdown reagieren.

In und nach der Krise ist vor der Krise. Daher fordern wir einen **Digitalpakt Verwaltung – und zwar jetzt!**

Wir fordern einen Digitalpakt Verwaltung,

- der nicht nur auf die Umsetzung von online Dienstleistungen fokussiert ist
- der für **digitale Souveränität** in den Verwaltungen sorgt
- der die Beschäftigten dauerhaft befähigt, durch ein konsequentes Fort- und Weiterbildungsprogramm die Digitalisierung der Verwaltung zu stemmen und die Verwaltung dadurch zukunftsfähig zu gestalten!
- der massive Investitionen in die IT im öffentlichen Dienst vorsieht
- der die digitale Kluft zwischen Stadt und Land überwindet
- der Digitalisierungsverhandlungen in Bund, Land und Kommune anstrebt

Ich will schließen und den Appell des Bitkom-Präsidenten Achim Berg bekräftigen: „Wenn wir unsere Digitalpolitik an den Grundsätzen der Teilhabe, Souveränität, Nachhaltigkeit und Resilienz ausrichten, ist das zugleich die beste Wirtschafts- und Klimapolitik. Wir haben es in der Hand, die 2020er zu einer digitalen Dekade zu machen.“

Packen wir es an!

Lieber Herr Minister, wir freuen uns auf Ihr Statement und auf die Diskussion!